

Anno ... 19. Woche

1849, 9.-19. Mai: Im preußischen Elberfeld wollen liberale Bürger die Ablehnung der Frankfurter Reichsverfassung durch die monarchischen Herrscher Deutschlands nicht hinnehmen. Nachdem ein lokales Landwehrkomitee die preußische Regierung für »volksfeindlich« erklärt und die Einberufung verweigert hatte, marschieren am 9. Mai reguläre Truppen in die Stadt ein. Es kommt zum Bau von Barrikaden und bewaffneten Auseinandersetzungen. Als die preußischen Soldaten am nächsten Tag gemeinsam mit dem Bürgermeister und einigen Beamten in Richtung Düsseldorf abziehen, übernimmt ein Sicherheitsausschuss die Kontrolle über die Stadt. Die Aufständischen können sich bis zum 19. Mai halten, müssen dann aber kapitulieren. Viele von ihnen schließen sich dem Aufstand in der Pfalz an.

1924, 4. Mai: Bei den Reichstagswahlen erreicht die KPD trotz eines vorangegangenen kurzzeitigen Verbots 12,6 Prozent der Wählerstimmen. Das ist ein Plus von 10,5 Prozent. Die SPD bleibt zwar mit 20,5 Prozent stärkste Partei, liegt aber nur knapp vor der radikalnationalistischen Deutschnationalen Volkspartei, die noch 1920 den Kapp-Putsch unterstützt hatte. Diese kommt auf 19,5 Prozent. 6,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler stimmen zudem für die Nationalsozialistische Freiheitspartei, einen kurzzeitigen Listenzusammenschluss von Deutschvölkischen und Nazis. Das katholische Zentrum bleibt mehr oder weniger stabil bei 13,4 Prozent der Stimmen.

1974, 6. Mai: Willy Brandts Kanzleramtschef Horst Grabert übergibt Bundespräsident Gustav Heinemann den Rücktrittsgesuch des durch die Guillaume-Affäre angeschlagenen SPD-Regierungschefs. Brandt, bis dato im Glauben, sein persönlicher Referent Günter Guillaume sei das Opfer einer Rufmordkampagne, hatte zuvor erkennen müssen, dass es dem Ministerium für Staatssicherheit gelungen war, einen Agenten in seiner unmittelbaren Nähe zu installieren. Der Rücktritt kommt überraschend. Brandts Nachfolger wird Helmut Schmidt.

1994, 9. Mai: Nachdem der African National Congress am 27. April mit absoluter Mehrheit die Wahlen gewonnen hatte, wird Nelson Mandela vom neugewählten Parlament zum ersten schwarzen Staatspräsidenten Südafrikas gewählt. Mandela leitet eine Politik der Versöhnung ein.

<https://www.jungewelt.de/artikel/354157.anno-19-woche.html>